

In Bäretswil haben die Skiliftbetreiber die Hoffnung auf den Saisonstart noch nicht aufgegeben **SEITE 19**

Die NZZ schenkt der Zentralbibliothek einen Teil ihres Archivs – die Texte sollen digital verfügbar werden **SEITE 21**

Sozialdetektive müssen warten

Der Kantonsrat dürfte es wohl kaum schaffen, sich auf eine Gesetzesgrundlage zu einigen

MICHAEL VON LEDEBUR

Seit bald drei Jahren befinden sich die Sozialdetektive im Kanton Zürich im Wartemodus. Der Grund dafür sind Fragezeichen bezüglich der Rechtsgrundlage ihres Tuns. Die Versuche, die Detektive wieder zu aktivieren, gingen fehl. Den vorerst letzten Anlauf nahmen die Bürgerlichen im Kantonsrat. Ihrem Vorstoss war kein glückliches Schicksal beschieden. Erst wurde er bis zur Unkenntlichkeit abgeändert, dann drohte er im politischen Hickhack zerrieben zu werden. In einer ersten Abstimmung im Rat im Herbst zeichnete sich das Scheitern ab.

FDP-Sozialpolitikerin Linda Camenisch will sich damit nicht abfinden. Sie hat einen neuen Vorstoss ins Spiel gebracht, der in einem Punkt eine gewichtige Änderung brächte. Zentraler Streitpunkt in der Diskussion ist das Anbringen von GPS-Trackern an Fahrzeugen bei Verdacht auf Sozialhilfemissbrauch. Nach dem ursprünglichen Vorschlag der FDP hätten die Sozialbehörden den GPS-Einsatz in Eigenregie beschliessen können. Dies soll nun anders werden.

Camenischs Antrag sieht vor, dass das Zwangsmassnahmengericht, eine Abteilung am Bezirksgericht, den Einsatz bewilligen muss. Zudem darf die Observation mit technischen Mitteln erst zum Einsatz kommen, wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft sind. Camenisch sagt, sie habe sich strikt am Bundesrecht orientiert. Auch die ebenfalls umstrittenen, unangemeldeten Hausbesuche bei verdächtigen Sozialhilfebezügern will sie wieder ins Gesetz bringen.

Die CVP hat einen Vorstoss mit ähnlichen Vorschlägen, aber anderer Tonart formuliert. Camenisch sagt: «Die Hürden für eine Überwachung per GPS wären sehr hoch, es käme äusserst selten zu diesem Schritt.» CVP-Kantonsrat Lorenz Schmid ergänzt, der Passus sei für seltene Extremfälle gedacht. «Diese schaden dem Ansehen der Sozialhilfe aber derart, dass er nötig ist.»

Dass nach einer ersten Lesung im Kantonsrat materiell völlig neue Anträge eingebracht werden, ist selten. Die FDP versucht, «ihren» Vorschlag zu retten. Gemeinsam mit der SVP hatte sie einst Grundlagen für die Observation angeregt. Die parlamentarische Initiative wurde im Rat klar angenommen. Als sie aber endlich in der Kommission behandelt wurde, hatte der politische Wind infolge der Parlamentswahlen vor einem Jahr gedreht. Nun arbeitete eine Kommissionsmehrheit einen Vorschlag aus, der aus bürgerlicher Sicht viel zu harmlos war. Im Rat versuchten SVP und FDP vergeblich, den Text wieder zu verschärfen.

Behörden fühlen sich entmachtet

Es kam noch schlimmer aus Sicht des Bürgerblocks: Angenommen wurde ein Vorschlag der Grünen. Laut diesem muss jede Observation zunächst vom Bezirksrat gutgeheissen werden. Die Grünen argumentierten mit Checks and Balances, kon-



Sozialdetektive sollen Schwarzarbeit und weiterem Missbrauch durch Sozialhilfebezügern auf die Schliche kommen. GAETAN BALLY / KEYSTONE

ten aber nicht kaschieren, dass die Lösung rechtsstaatlich einen Pferdefuss aufwies: Der Bezirksrat ist das Kontrollorgan der Sozialbehörden. Er würde also Vorgänge überwachen, die er zuvor selbst bewilligt hatte. Vielen erscheint die Neuerung zudem als Bevormundung der Sozialbehörden in den Gemeinden. Deshalb habe sich die CVP gegen das Gesetz gewandt, sagt Schmid. «Wir haben relativ viele Behördenmitglieder in unseren Reihen, die dies strikt ablehnen.»

Das Gesetz fand in dieser Form zwar eine Mehrheit in erster Lesung, aber die Bürgerlichen enthielten sich. Es war absehbar, dass es in zweiter Lesung scheitern würde. Diese dürfte im März stattfinden.

Camenisch formulierte ihren Vorschlag in der Zuversicht, Mitte- oder sogar Linksparteien für sich gewinnen zu können. Undenkbar wäre dies nicht. Ihr Vorschlag ist aus rechtsstaatlicher Sicht präziser als jener der Grünen. Dieser Meinung ist beispielsweise auch AL-Fraktionspräsident Markus Bischoff (die AL lehnt Sozialdetektive grundsätzlich ab: die Verfolgung von Sozialhilfemissbrauch sei Sache der Polizei). Die Grünliberalen vermag Camenisch aber nicht zu überzeugen. «Wir werden uns nicht bewegen», sagt GLP-Kantonsrat Daniel Häuptli. Man erachte den Einsatz von GPS-Trackern in diesem Zusammenhang als grundsätzlich heikel.

Auch die SP lässt sich nicht erweichen. Noch 2018 hat die SP in der Stadt Zürich eine Überwachung mittels GPS-Trackern am Fahrzeug gebilligt – sogar ohne jegliche richterliche Überprüfung.

«Wir haben in der Kantonsratsfraktion hierzu eine andere Haltung», sagt SP-Co-Präsident Andreas Daurü. Innerhalb der Stadtpartei sei die Frage allerdings damals schon kontrovers diskutiert worden. Was auf der Hand liegt: Die SP kam damals dem Wunsch ihres Stadtrats Raphael Golta nach, der als Sozialdepartementsvorsteher hoffte, die Sozialdetektive wieder einsetzen zu können. Später stellte sich heraus, dass die Stadt gar keine eigenen Regeln aufstellen darf, sondern auf jene des Kantons warten muss. Daurü sagt, es sei offenkundig, dass die Stadt Anpassungen machen müsse.

Dem GPS-Tracker könne man unmöglich zustimmen, sagt Daurü. Gleiches gelte für die im FDP-Vorschlag vorgesehenen Hausbesuche. Zwar können Sozialhilfebezügern den Einlass verwehren, ohne direkte Konsequenzen fürchten zu müssen, aber es sei eine «gefährliche Mentalität», die im Gesetz Widerhall zu finden drohe, sagt Daurü.

Viele Feinde

Die FDP kann zwar auf SVP und CVP zählen, brauchte aber sechs zusätzliche Stimmen von Abweichlern in anderen Parteien. Die Chancen darauf stehen schlecht, zumal sich auch die EVP wegen grundsätzlicher Vorbehalte gegenüber GPS-Trackern gegen den Vorschlag stellt. «Linda Camenisch will das Gesetz mit grossem Einsatz retten», attestiert ihr EVP-Kantonsrat Mark Wisskirchen. Aber man sei überzeugt, dass

die Sozialbehörden die scharfen Mittel nicht benötigen, sondern lediglich eine gesetzliche Grundlage, wie es der gegenwärtige Vorschlag vorsehe.

Somit dürfte es beim Status quo bleiben: Das Gesetz droht zu scheitern, weil der Gesetzestext zu vielen Fraktionen widerstrebt. Die CVP ist gegen den Bezirksrat als Kontrollinstanz. Der FDP und der SVP ist der Vorschlag zu zahlos. Es verbleiben als Befürworter SP, Grüne, GLP und EVP, die ohne AL keine Mehrheit zustande bringen.

Entweder setzen FDP und CVP ihren Vorschlag mithilfe der SVP und einzelner Abweichter durch. Oder Mitte-links profitiert von einem Meinungsumschwung einer Fraktion. Die SP hofft auf die AL, aber da dürften die Genossen auf Granit beissen: Die Alternativen werden freudig mithelfen, das Vorhaben zu versenken. Grösser dürften die Chancen bei der CVP sein. Schmid sagt, er würde «auch einer B-Vorlage zustimmen. Wir brauchen die Gesetzesgrundlage.» Ob er mit seiner Haltung in der Fraktion durchdringe, sei aber sehr fraglich.

Die dritte, wahrscheinlichste Variante: Das Gesetz scheitert an einer unheiligen Allianz des Bürgerblocks und der AL. Die Sozialdetektive erhalten erst in einigen Jahren mit dem neuen Sozialhilfegesetz eine Grundlage. So lange bleibt Sozialhilfemissbrauch in vielen Fällen ungestraft. In der Stadt Zürich wurden die Sozialdetektive, als sie noch durften, rund hundert Mal pro Jahr tätig. In drei Vierteln der Fälle erhärtete sich der Anfangsverdacht.

Die Zürcher Grünen suchen eine neue Chefin

Die Ambitionen der Partei sind gross, das Absturzrisiko auch

amü. Die Zürcher Grünen sehen sich nach einem neuen Präsidenten um: Marionna Schlatter wird im April ihr Amt niederlegen. Sie bestätigt auf Anfrage einen Bericht des «Tages-Anzeigers». Dass sie länger bleiben könnte, schliesst Schlatter aus. «Ich habe immer gesagt, dass es nach neun Jahren und meinem dritten Wahlzyklus Zeit ist, jemand Neues ans Ruder zu lassen.»

Die Generalversammlung der Grünen wird am 7. April über die Nachfolge befinden. In der Findungskommission sitzen die Kantonsrätinnen Karin Fehr Thoma und Kathy Steiner sowie die beiden Zürcher Neo-Gemeinderäte Urs Riklin und Selina Walgis – die Co-Präsidentin der Jungen Grünen rutscht im Frühling für Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber nach. Vieles ist laut Schlatter möglich: ein Vertreter von Stadt oder Land, Mann oder Frau, Co-Präsidium oder Einzelspitze, dann allenfalls mit einem oder mehreren Vizepräsidenten.

«Am wichtigsten ist, dass das Präsidium die Partei zusammenhalten kann», sagt die grüne Fraktionschefin im Kantonsrat, Esther Guyer, zum Anforderungskatalog. «Ein Sitz im Parlament ist von Vorteil, aber kein Muss.» Marionna Schlatter habe die Partei lange von ausserhalb des Kantonsrats geführt und das sehr gut gemacht. Wichtig sei, dass ihre Nachfolge die Unterschiede zwischen Stadt- und Kantonspolitik verstehe. Im Zürcher Gemeinderat müssen die Grünen für Mehrheiten kaum Kompromisse mit der Mitte eingehen, im Kantonsrat dagegen schon. Das Präsidium müsse diese Kompromisse innerhalb der Partei erklären und vertreten können, sagt Guyer.

Im Artikel des «Tages-Anzeigers» haben sich einige bekannte Gesichter der Grünen aus National- und Kantonsrat bereits aus dem Rennen genommen, einzig Bastien Girod wollte sich noch nicht äussern. Auch die Nachwuchshoffnung Anika Brunner und die Mitglieder der Findungskommission stehen nicht zur Verfügung. Und weil Esther Guyer im Mai selbst das Vizepräsidium des Kantonsrats übernimmt, muss die Partei nächstens auch eine neue Fraktionschefin suchen. Gut möglich also, dass die Grünen einem Neuling die Parteileitung anvertrauen – es wäre nicht das erste Mal. Als Marionna Schlatter 2011 das Präsidium zusammen mit Philipp Maurer übernommen hatte, war sie selbst erst seit zwei Jahren Parteimitglied.

Die Grünen haben die kantonalen und nationalen Wahlen gewonnen, mit Martin Neukom schafften sie den Wiedereinzug in den Regierungsrat. Für eine neue Parteispitze ist dieser Höhenflug Fluch und Segen zugleich. Einerseits kann man auf viele motivierte Mitglieder zählen und verfügt über einen grossen politischen Einfluss. Andererseits wird es kein Spaziergang, die guten Resultate von 2019 zu bestätigen. Solltens Arbeitslosigkeit oder Migration den Klimawandel als Hauptsorge ablösen, würde das die Partei an den Wahlurnen rasch spüren.



Regine Sauter
Nationalrätin,
FDP



Judith Bellaiche
Nationalrätin,
glp



Philipp Kutler
Nationalrat,
Stadtpräsident, CVP



Hans-Ueli Vogt
Nationalrat,
SVP



Ruedi Noser
Ständerat,
FDP

Umverteilung mit Gewalt

NEIN

zur Juso-Steuer-Initiative

Regierung, Kantonsrat und Gemeinden empfehlen ein **NEIN**.

- Gefährliches Steuerexperiment mit ungewissem Ausgang
- Nicht durchdacht: Verschärfung der Heiratsstrafe
- Finanzschwache Gemeinden verlieren Steuereinnahmen
- Beispiellose Steuererhöhung und Spitzensteuersätze
















